

23.6.2020: Internationales Personenrecht. Internationales Familienrecht I

Diese Vorlesung hat - im Besonderen Teil des IPR - mit dem Internationalen Privatrecht im Bereich von Wirtschaftsbeziehungen begonnen. Heute werden wir uns mit dem IPR der Personenbeziehungen befassen, und zwar mit zuerst mit dem sog. Internationalen Personenrecht, danach mit dem sehr umfangreichen Themengebiet des Internationalen Familienrecht. In der nächsten Vorlesung wird Internationales Familienrecht fortgesetzt.

Teil 1: Internationales Personenrecht

A. Begriff des „Internationales PersonenR“

dieses regelt die IPR-Fragen des rechtlichen Status einer natürlichen Person (unabhängig von ihren fam-r Beziehungen zu anderen Personen: dafür gilt Internationales FamR). Das Int. Personenrecht regelt insbesondere kollisionsrechtliche Aspekte der Rechts- und Geschäftsfähigkeit sowie des Namens einer Person.

Vormundschaft, Betreuung und Pflegschaft werden nach dt. Verständnis im Schwerpunkt dem Familienrecht zugeordnet (s. §§ 1773 ff BGB), ebenso die *Adoption* (§§ 1741 ff BGB), sie werden daher erst im Kontext des Int. Familienrechts angesprochen. Entsprechendes gilt für das *Erwachsenenschutzrecht* (Haager ErwachsenenschutzÜbk/ESÜ 2000, die EU-GewaltschutzVO 2013 sowie die RiL von 2011 über „Europäische Schutzanordnung“). Bei Jayme-Hausmann, Textausgabe IPR wird das ESÜ unter „Allg. Personenrecht“ aufgeführt.

Rechts- und Geschäftsfähigkeit sind idR Vorfragen in anderem Zusammenhang, z.B. beim Abschluss eines Vertrages. „Name“ kann Hauptfrage sein, aber auch Vorfrage z.B. im Rahmen des Deliktsstatuts (Namensverletzung).

B. Abgrenzung zu „Personalstatut“

Der Begriff „Int. PersonenR“ darf nicht mit dem Begriff „Personalstatut“ verwechselt werden: Personalstatut = Gesamtheit der IPR-Vorschriften über die persönlichen Lebensverhältnisse einer Person (Personen-, Fam- und ErbR). Der Begriff Personalstatut wird in Art.5 EGBGB verwendet; diese Vorschrift ist aber nur eine „Hilfsnorm“ zur Anwendung von Kollisionsnormen, die an die Staatsangehörigkeit (StA) anknüpfen.

C. **Rechtsgrundlagen** des dt. und europ. Internationalen Personenrechts

I. **Internationales Sachrecht:**

In diesem Bereich bestehen nur wenige spezifische Abkommen, im wesentlichen Abkommen der CIEC (= Commission Internationale de l'Etat Civil, Internationale Kommission über das Zivilstandswesen, gegr. 1950, Sitz in Straßburg, z.Zt. sind – nach einigen Austritten – noch 6 europ. Staaten Mitglieder der CIEC [Dt ist 2015 ausgetreten, aber weiterhin Mitgliedsstaat verschiedener CIEC-Übk): z.B. CIEC-Abkommen 1958 über die Änderung von Namen und Vornamen.

II. **IPR**

1. Staatsverträge

2. EU-Recht: die EU hat bislang keine personenstandsspezifische IPR-Regelung auf Ebene des EU-Sekundärrechts erlassen.

S. aber **Rspr des EuGH zum internationalen Personenrecht** („Anerkennung“ einer ausländischen Personenstandsurkunde) auf der Grundlage von Art.18 EGV (Freizügigkeit), Rs C-353/06, **Urt. vom 24.10.2008 („Stefan Grunkin“)**: Eintragung eines Familiennamens im Geburts- und Wohnsitzstaat sei gem. Art.18 EGV (Freizügigkeit) sei auch im Heimatstaat des Kindes und der Eltern anzuerkennen. → Dt. Gesetzgeber hat dieses Urteil im Januar 2013 in Art.48 EGBGB in Gestalt eines gemischt kollisionsrechtlich-sachrechtlichen Wahlrechts umgesetzt (nicht durch Anerkennung der ausländischen Registereintragung)

Zur Relevanz des Internat. Personenstandsrechts für den freien Personenverkehr s.a. EU-GRÜNBUCH vom 15.12.2010, KOM(2010) 747 endgültig, <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0747:FIN:DE:PDF> : „Weniger Verwaltungsaufwand für EU-Bürger: Den freien Verkehr öffentlicher Urkunden und die Anerkennung der Rechtswirkungen von Personenstandsurkunden erleichtern“

3. Dt. autonomes R

Im EGBGB geregelt in Art.7 - 12 EGBGB („Recht der nat. Personen und der RGeschäfte“, d.h. gemeinsam mit Teilbereichen des int. VermögensR). Wichtig dazu sind Ergänzungen aus dem AT des IPR, insbes. Art.5 (StA-Anknüpfung bei Mehrstaaten und Staatenlosen)

a) Art.7: Rechts- und Geschäftsfähigkeit nat. Personen: maßgeblich Staatsangehörigkeit (StA) der betr. Person. Sonderregeln für Statutenwechsel (Art.7 II) und Verkehrsschutz (Art.12).

b) Art.9 Todeserklärung: StA

c) Art.10: Name: StA, mit RWahlmögk Art.10 II, III

d)) Sonderanknüpfungen gelten insbes. für die Form, Art.11 (gilt grds. auch für int. Personen- und FamR)

III. IZVR

1. Staatverträge: s. Abkommen der CIEC

2. EU-Recht

- Brüssel Ia-VO (EuGVVO) 2012: Personenstand ist ausgeschlossen, Art.1 II Buchst.a.

- Brüssel IIa-VO 2003 (Ehe- und bestimmte Kindschaftssachen) (neugefasst in 2019, noch nicht in Kraft) betrifft nach Regelungsgegenstand nicht Personenstand

- Rom IV-VO (EuErbVO) 2015: schließt nach Art.1 II Buchst.a Personenstand aus (enthält aber personenstandsnahe Regelungen für ErbR)

3. Dt. autonomes R

aa) Zuständigkeit

aaa) Zentrale Rechtsgrundlage in Deutschland: PersonenstandsG/PStG: regelt Personenstandsregister (Heiratsbuch, Familienbuch, Geburtenbuch und Sterbebuch). Dies werden durch Standesbeamte geführt (s.a. EheschließungsRG 1998).

bbb) Wichtig: auf gerichtliche Verfahren im Zusammenhang mit dem PStG ist das FamFG ergänzend anwendbar (§ 51 PStG).

bb) Anerkennung ausländischer Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (fG)

§§ 108, 109 FamFG: Anerkennung von fG-Entscheidungen, z.B. ausländ. Entmündigungen, Todeserklärungen, Namensänderungen etc.: bezieht sich grds. nur auf gerichtliche Entscheidungen, nicht auf Maßnahmen ausländischer Behörden (daher nach hM auch nicht auf Akte ausländischer Standesbeamten, z.B. Personenstandsurkunden).

D. Einzelfragen des Kollisionsrechts in diesem Bereich

I. Rechtsfähigkeit/Geschäftsfähigkeit (nat. Personen: nicht j.P.)

1. Art.7 EGBGB: Heimatrecht/StA (iVm Art.5 EGBGB: Doppelstaater bzw. Staatenlose) + Sonderregeln zum Personalstatut (Flüchtlinge, Asylberechtigte, Statusdeutsche s.o.)

2. **Anwendungsbereich (Qualifikation):** spezielle Rechts- und Geschäftsfähigkeiten (Erb- und Testierfähigkeit, Eheschließungsfähigkeit, Prozessfähigkeit; Deliktsfähigkeit) richten sich nach jeweiligem Spezialstatut.

3. **Wandelbare Anknüpfung mit Sonderregel Art.7 II zu Statutenwechsel** (Erhalt der R-/Geschäftsfähigkeit bei Statutenwechsel aus aus/ins dt. Recht.

Gilt auch für **Wechsel zw. ausländ. Staatsangehörigkeiten** (Verallseitigung der KollNorm):

4. **Folgen der fehlenden od. beschränkten Geschäftsfähigkeit**, z.B. Nichtigkeit od. schwebende Unwirksamkeit des Geschäfts): richten sich nach hM nach Art.7, 12 (arg. Schutz des Geschäftsunfähigen)

5. **Sonderregel Verkehrsschutz in Art.13 Rom I-VO** (im int. VertragsR vorrangig vor Art.12 EGBGB): Bei Vertragsschluss zw. Personen, die sich in demselben Staat befinden, kann sich der Vertragspartner auf die Rechts- und Geschäftsfähigkeit des anderen Partners nach dem Regeln des Vertragsschlussortes verlassen, es sei denn er wäre nicht gutgläubig.

II. Namensrecht

1. Art.10 EGBGB Grds. = Maßgeblichkeit des Heimatrechts (bestimmt nach der StA)

2. Wichtig: im dt int. NamensR ist ein Renvoi durch das ausländ. Recht beachtlich

3. Rechtswahlfragen

RWahl nach Art.10 II, III EGBGB grds. möglich, aber eingeschränkt.

aa) RWahl durch Ehegatten, Art.10 II: StA eines der Ehegatten (auch nichteff. StA) od. gew. Aufenthalt (hier nur einseitige KollNorm zug. dt R)

bb) RWahl betr. Kindesnamen, Art.10 III

Rpolit. Grund: „einheitl“ Name kann uU nur auf diese Weise erreicht werden; Eingliederung in neue Umgebung (z.B. Aussiedlerfälle). **Problem: uU fehlende Anerkennung im Ausland, „hinkende“ Namen.**

Daher **Einschränkung RWahl auf int. „akzeptable“ Fälle mit intensivem Bezug der Parteien.**

E. Beispielfall: Namensrecht

K ist das in Deutschland geborene eheliche Kind der deutschen Mutter M und des armenischen Vaters V. Die Eltern haben für sich als Ehenamen den Namen der M gewählt. Welchem Recht unterliegt der Name (ggf. Vor- und Nachname) des K? Können die Eltern für das Kind z.B. den Namen des Vaters wählen?

- Art.10 EGBGB -- dt. R (StA eines Elternteils, StAngG 2013), beachte ggf Rückverweisung

- Fam-r Vorfragen des NamensR sind nach hM unselbständig anzuknüpfen (relevant zB für Art.10 II „Ehegatten“)
- Möglk RWahl Art.10 III, hier Nr.1 EGBGB.

2. Teil: Internationales Familienrecht I (Überblick)

Das Internationale PersonenR steht in engem Zusammenhang mit dem Int. Familienrecht, denn viele personenrechtliche Vorgänge haben eine familienrechtliche Grundlage (z.B. Namensänderung durch Eheschließung oder Geburt).

Zum Internationalen Familienrecht bestehen zahlreiche und umfangreiche Rechtsvorschriften in verschiedenen EU-Verordnungen, einigen Staatsverträgen sowie (traditionell) in Art.13 – 24 EGBGB. Umfangreiche Entscheidungspraxis: IntFamR = „Massenphänomen“, vermutlich der umfangreichste Teilbereich des IPR (*fällt an unserer Fakultät sowohl in den SP 5 als auch in den SP 1.1. ZivilRPflege mit Schwerpunkt FamR und ErbR*)

A. Begriff

I. Internationales Familienrecht = internationales Sachrecht, Kollisionsrecht und internationales Zivilverfahrensrecht in Familiensachen. Engerer Begriff: nur Kollisionsrecht. Aber der Bezug zum Internationalen Verfahrensrecht ist in Familiensachen so eng, dass Beschränkung auf Kollisionsrecht nicht sinnvoll wäre, wenn Problemlösung vermittelt werden soll.

II. Abgrenzungen

1. Im Unterschied zum internat. FamilienR regelt das internat. PersonenR die IPR-Fragen des rechtlichen Status einer Person unabhängig von ihren fam-r Beziehungen zu anderen (Rechts- und Geschäftsfähigkeit, Name)

2. Abgrenzung zum Begriff des „Personalstatuts“: Gesamtheit der IPR-Vorschriften über die persönlichen Lebensverhältnisse einer Person (Personen-, Fam- und ErbR), s.o. *1. Teil Abschnitt B.*

B. Themenfelder des Internationalen FamR

I. Eherecht: Eheschließung (einschl. Verlöbnis und u.U. alternative Lebensgemeinschaften), Wirkungen der Ehe wie z.B. EhegüterR, ehel. Unterhalt, Ehescheidung einschl. Scheidungsfolgen. Gleichgeschlechtl. Ehe wird idR gesondert erörtert (s.u. III.)

II. Kindschaftsrecht (*Def. Kind ist unterschiedlich, häufig Altersbeschränkung 18 od. 21 Jahre, aber z.T. keine Altersbeschränkung*)

- Abstammung

- Eltern-Kind-Beziehung (z.B. elterl. SorgeR),
- Adoption [auch: Erwachsenenadoption],
- Kindesunterhalt (UH)
- Vormundschaft/Betreuung [aber: nicht zwingend zw. FamAngehörigen]
- Erwachsenenschutz als Sonderthema (Überschneidung mit Vormundschaft/Betreuung), aber kann z.B. als Gewaltschutz auch gegen Dritten eingreifen; insoweit eher dem Personenrecht zuzurechnen).

III. Regelungen zum IPR der nichtehelichen Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften/Partnerschaften/Ehen, Transsexuellen

C. Rechtsgrundlagen des deutschen und europ. Internationalen Familienrechts

I. Internationales Sachrecht

Einzelne CIEC-Abkommen, z.B. Übk 1964 zur Erleichterung der Eheschließung im Ausland: Befreiung von Ehehindernissen durch Eheschlussstaat möglich, konsular. Eheschließung erleichtert etc.).

II. IPR

1. Völkerrecht im Internationalen FamR

a) Einzelne bilaterale Staatsverträge, z.B. dt-iran. NiederlassungsAbk 1929 (Art.8 III: StA für Personen-, Fam- und ErbR).

b) Multilaterale Übk, insbes. der **Haager Konferenz für IPR**.

Wichtig sind insbes.

aa) das **Haager KinderschutzÜbk 1996**: enthält sowohl IZVR als auch IPR. EU (damals noch nicht Mitglied der Haager Konferenz) hat Mitgliedstaaten zur Ratifikation ermächtigt, z.Zt. 52 MitglStaaten.

bb) sowie das **Haager UH-Übk 2007 (IZVR!) und zugehöriges Protokoll 2007 [IPR: ersetzt zw. Vertragsstaaten das UH-Übk 1973: wurde von EU im April 2010 ratifiziert.**

2. EU-Recht

Zwar besteht derzeit noch keine umfassende Regelung des Int. FamilienR auf EU-Ebene, aber die praktisch wichtigsten wichtige Teilbereiche sind inzwischen EU-weit vereinheitlicht. Aber nicht im Verhältnis zu allen EU-Mitgliedstaaten (z.T. nicht ggü. Dänemark, z.T. auch nicht ggü. Irland und einigen anderen Staatenj.

a) **IPR der Eheschließung**: nicht EU-weit vereinheitlicht

- b) IPR der Ehescheidung:** EU-VO 1259/2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die **Ehescheidung** und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts vom 20.12.2010 (idR als **Rom III-VO** bezeichnet), in Kraft seit 21.6.2012.
- Klassischer Ansatz der Regelung = nur IPR (IZVR ist in Brüssel IIa-VO separat geregelt).
 - Gilt nicht in allen EU-Staaten, aber die KollNormen sind universell, d.h. verweisen auf alle Staaten (auch Drittstaaten, die nicht EU-Mitglieder sind).
- c) IPR des UnterhaltsR:** EuUHVO v. 18.12.2008: regelt IPR für UH (Art.15 verweist betr. IPR auf Haager Protokoll 2007 zum Haager UH-Übk 2007), in Kraft seit 18.6.2011. **In in dieser Verordnung sind IZVR und IPR verbunden sind.**
- d) IPR des EhegüterR:** EU-VO zum Internat. EhegüterR (Rom V) von 2016 und EU-VÜ über güterrechtliche Aspekte eingetragener (Lebens-)Partnerschaften von 2016, beide treten im Jan. 2019 in Kraft. Ebenfalls nur Regelung im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit (d.h. nicht in allen EU-Staaten anwendbar)
- e) Nichteheleiche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften/Ehen**
- Für GüterR gilt EU-PartnerschaftsVO 2016
 - Für andere Aspekte gleichgeschlechtl. Lebensgemeinschaften s. Art.17 b EGBGB (allg. IPR-Norm über Begründung und R Folgen eingetragener Lebensgemeinschaften.
 - Für nichteheleiche Lebensgemeinschaften anderer Kategorien fehlen spezielle Kollisionsnormen: Int. VertragsR, IntGesellschaftsR etc. können eingreifen.

3. Dt. autonomes R

Im wesentlichen EGBGB.

a) Eherecht

aa) Eheschließung und Ehwirksamkeit:

Art.13: Eheschließung: **für jeden Ehegatten** dessen StA maßgeblich (kein gemeinsames Statut; beachte allseitige Ehehindernisse, z.B. Bigamieverbot); 13 wird als kumulative Anknüpfung verstanden, d.h. Ehe nur wirksam, wenn nach R beider Ehegatten keine Wirksamkeitshindernisse bestehen; keine „einseitig wirksamen Ehen für jeweilige Partner“.

Bei Nichtanerkennung im Ausland, z.B. Heimatland eines Ehegatten (z.B. wg 13 II) entsteht Gefahr sog. hinkender Ehen [als Beisp. für hinkende Rechtsverhältnisse, z.B. auch hinkende Ehescheidungen]; kann aus dt Sicht genügen/nicht genügen (z.B. Witwenrente etc.).

Art.13 I begründet **unwandelbare** Anknüpfung.

Spezielle o.p.-Klausel des Art.13 II erlaubt dt. Eheschließung, obwohl nach HeimatR Vorr. fehlt.

bb) Sog. **allgemeine Ehwirkungen** (grds. = nicht von Güterstand abhängig)

Art.14 EGBGB:

Gilt z.B. für Anspruch auf/gegen Herstellung ehel. Lebensgemeinschaft, sog Schlüsselgewalt (vgl. § 1357 BGB)

Art.14 = **wandelbare** Anknüpfung.

Art.14 ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil andere Vorschriften auf ihn verweisen: Art.15 und Art.17 (jeweils mit Modifikationen). Ziel: „**Familienstatut**“ = einheitl. Recht.

Inhalt: Anknüpfungsleiter/Kaskadenanknüpfung (gem. StA - ehem. gem. StA - gew. Aufenthalt - ehem. gem. gew. Aufenthalt - engste Verbindung).

Besonderheit: RWahl 14 II und III (auch unabhängig von Art.5 I dt-ausl. Doppelstaater).

cc) **Ehegüterrecht:**

aaa) *Seit 29.1.2019:*

EuGüVO 2016: grds. – beschränkte - Rechtswahlmöglichkeit (Art.22), subsidiär Anknüpfung an den gewöhnl. Aufenthalt der Ehegatten bei Eheschließung od. Hilfsanknüpfungen (sog. Anknüpfungsleiter)

bbb) **Vorher (für Altfälle weiter von Bedeutung):**

Art.15 EGBGB iVm Art.14 EGBGB gemeinsame StA mit folgender Anknüpfungsleiter („Kaskadenanknüpfung“), letztlich engste Verbindung.

Merkmale: Art.15 = **unwandelbare** Anknüpfung (RSicherheit), wird gemildert durch (beschränkte: aber z.T. weitergehend als bei Art.14 II, III) RWahlMöglk Art.15 II. Andere Länder sehen z.T. weitergehende RWahlfreiheit vor.

dd) **Ehescheidung:**

aaa) **Scheidung selbst**

(1) *Seit 21.6.2012: Rom III-VO vorrangig (auch ggü. Drittstaaten!) anwendbar.*

(2) **Früher: Art.17 EGBGB**

bbb) **Scheidungsfolgen** (soweit nicht Spezialregelungen eingreifen: Unterhalt + Ehegüterrecht):

Art.17 EGBGB:

- wurde im Zusammenhang mit der Rom III-VO umgestaltet; enthält jetzt keine Regelung zur Scheidung selbst mehr, aber noch **zu den Scheidungsfolgen**;
- verweist insoweit auf das nach der Rom IV anwendbare Recht (obwohl die Rom IV-VO die Scheidungsfolgen selbst nicht regelt!).
- **Zusätzlich Sonderregelung für Versorgungsausgleich gem. Art.17 III n.F. EGBGB.**

ee) Unterhalt (unterscheide Ehegatten-UH, Kindes-UH, sonstigen UH)

aaa) Grds. seit 18.6.2011: EuUHVO 2008 iVM Haager UH-Protokoll (HUP) 2007

*bbb) Frühere autonomrechtliche Vorschrift **Art.18 EGBGB (aF)** knüpfte an den gewönl. Aufenthalt des UH-Berechtigten an. Wurde bereits früher weitgehend verdrängt durch Haager UH-Übk 1956 od. 1973. Im Zshang mit Inkrafttreten der EuUHVO 2008, die auf die IPR-Regelung des Haager Unterhaltsprotokolls 2007 verweist, wurde Art.18 EGBGB aufgehoben.*

b) Kindschaftsrecht (ggf. im weiteren Sinn)

aa) Art.19, 20 EGBGB - Abstammung eines Kindes: bestimmt sich nach *gew. Aufenthalt des Kindes*; mit Ausweichregelungen.

bb) Art.21 EGBGB - sog. Eltern-Kind-Verhältnis („elterl. Sorge“; nicht dagegen UH und Name): *gew. Aufenthalt des Kindes*

➔ wird aber weitgehend durch das Haager KSÜ 1996 (vorher: Haager MSA 1961) verdrängt.

cc) Art.22 EGBGB - Adoption: StA des Annehmenden + Ausnahme Art.22 S.3 bei Annahme durch einen od. beide Ehegatten (dann Ehewirkungsstatut, Art.14 EGBGB).

Gem. Art.23 Sonderanknüpfung ZustErfordernis Kind od. dessen Verwandter an HeimatR des Kindes. Ausnahmsweise dt Recht, Art.23 S.3

dd) Art.24 EGBGB - Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung: StA des Mündels bzw. Betreuten.

Ausnahmsweise dt Recht anwendbar gem. Art. 24 I 2 EGBGB

Beachte aber vorrangige Sonderregelung **Haager ErwachsenenschutzÜbk 2000** (auch IPR! grds. *gewöhnl. Aufenthalt* des Schutzbedürftigen) sowie EU-GewaltschutzVO 2013 (nur IZVR).

ee) Sonderanknüpfungen: insbes. Form, Art.11 (mit Ausnahme Art.13 III EGBGB Inlandsform für inländ. Eheschließungen)

c) **Nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften/Ehen**

aa) EU-PartnerschaftsVO 2016: grds. beschränkte RWahlmöglichkeit (Art.22), hilfsweise „Gründungsrecht“ (Art.22)

bb) Art.17 b EGBGB (Begründung und RFolgen eingetragener Lebensgemeinschaften): grds. Recht des Registerstaates

III. **IZVR: genauer s. Vorlesung zum IZVR**

1. **Internat. Recht (Auswahl):**

a) **Haager KSU 1996:** Zuständigkeit (+ anwendb. R) + gegenseitige Anerkennung/ZV für Schutzmaßnahmen betr Minderjährige.

b) **Haager KindesentfÜbk 1980:** Zuständigkeit + Rechthilfe bei **internat. Kindesentführung** (legal kidnapping) durch Eltern etc.

c) Luxemburger SorgeRÜbk v. 1980 (Anerk + ZV von SorgeREntscheidungen)

2. **EU-Recht**

a) **Wichtig insbes.: Brüssel IIa-VO 2003**, trat mit leichten Modifikationen an Stelle der EuEheVO 1347/2000 (Brüssel II-VO):

→ regelt Zust + Anerk/ZV betr. **Ehescheidungen und elterl Sorgeentscheidungen.**

b) **Unterhalt:**

EuUHVO 2008, ergänzend Haager UH-Übereinkommen, ggf. bilaterale Abkommen.

EuGVVO 44/2002 (Brüssel I-VO): auf FamR nicht (mehr) anwendbar. **UH-Verfahren fallen seit 2011 unter die EU-UH-VO 2008.**

c) **EhegüterR:** EuGuVO 2016

3. **Deutsches autonomes R**

a) **Internationale Zuständigkeit**

Vorrangig Brüssel IIa-VO. Setzt voraus, dass Zuständigkeit in irgendeinem anderen EU-Staat mit Ausn. von Dänemark gegeben ist. **Für UH-Klagen jetzt Regelung in EU-UH-VO 2008**

Im übrigen ausführliche Regelung zur internationalen Zuständigkeit in Verfahren aus Int. FamR in §§ 98 – 105 FamFG. Grds. eigenständige Regelung der internationalen Zuständigkeit, subsidiär analoge Anwendung der Vorschriften über örtl. Zuständigkeit (§ 105 FamFG).

Z.B. § 98 FamFG internat. Zuständigkeit für Ehesachen

b) Anerkennung und ggf. Vollstreckung ausländischer Entscheidungen#

Vorrangig ggf. Brüssel IIa-VO (in Verhältnis zwischen EU-Staaten)

Im übrigen ausführliche Regelung in §§ 107 – 110 FamFG: für Ehesachen und andere Entscheidungen im Anwendungsbereich des FamFG, insbes. auch freiw. Gerichtsbarkeit.

aa) § 107 FamFG (früher Art.7 § 1 FamRÄndG): förmlich. Anerk. ausländ. Entscheidungen in Ehesachen durch Landesjustizverwaltung, z.B. Ehescheidung. AnerkVorr in § 109 FamFG geregelt.

bb) § 108 FamFG iVm 109 FamFG (inzidente Anerk. von FG-Entscheidungen, z.B. SorgeR). Wird teilw. durch EuEheVO (Brüssel IIa-VO) bzw. Haager KSÜ 1996 verdrängt (SorgeREntscheidungen)

S.a. AVAG (Ausführungsg zu EU-Recht und internationalen Anerkennungsverträgen)